

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Brühl am 21.4.08

Sitzungsort: Ratssaal

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.30 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/> Boley	CDU	<input type="checkbox"/> Arth	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Dahm	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Baule	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dahmen	CDU	<input type="checkbox"/> Bohlken	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Ehrenstein	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Mainzer	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Falkenstein	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Müller	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Fischer	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Schmitz, H.	fw/bVb
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Frantziach-Immenkeppel	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, F. J.	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Gerharz, Th.	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> vom Hagen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Hepp	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Niclasen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Hosmann	CDU	<input type="checkbox"/> Schönhütte	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Klug	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Weber	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/> Küster	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Meeth	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Brämer	FDP
<input type="checkbox"/> Pohl	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Pitz	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> Poschmann	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Pütz	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Rau	CDU		
<input checked="" type="checkbox"/> Schumacher	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Kreuzberg	Bürgermeister
<input checked="" type="checkbox"/> Simons	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Brandt	Beigeordneter
<input checked="" type="checkbox"/> Stilz	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Freytag	Stadtkämmerer
<input checked="" type="checkbox"/> Vetterling	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> J.v. Bothmer	GLB
<input checked="" type="checkbox"/> Vogel	CDU	<input checked="" type="checkbox"/> Schiffer	- 01 -
<input checked="" type="checkbox"/> Berg	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Blanke	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Breu	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Grafe	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Heck ab TOP 7	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Jung	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Dr. Petran	SPD		
<input checked="" type="checkbox"/> Reinkemeier	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Salvador ab TOP 10	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Vilkmann	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Weesbach	SPD	<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/> Wehrhahn	SPD	<input type="checkbox"/>	

Verwaltung

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 3.3.08	5
3. Festlegung der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl für die Kommunalwahlen 2009	5
Bezug: HA 14.4.08	5
Vorlage-Nr. 13/08 - Ä -	5
4. Entwurf des Jahresabschlusses 2006	6
Vorlage-Nr. 43/99 p	6
5. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2007 nach 2008	6
Vorlage-Nr. 60/07 v	6
6. Stellenplan 2008	6
hier: Einrichtung einer zusätzlichen Politessenstelle	6
Bezug: HA 14.4.08	6
Vorlage-Nr. 60/07 u	6
7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagespflege in der Stadt Brühl	7
- Beitragssatzung Kindertagespflege -	7
Bezug: JHA 17.4.08	7
Vorlage-Nr. 48/88 by	7
8. Tagesbetreuung in Einrichtungen;	7
hier: Übernahme des Trägeranteils für die dritte Gruppe in der Katholischen Kindertageseinrichtung St. Pantaleon, Badorf	7
Bezug: JHA 17.4.08	7
Vorlage-Nr. 48/88 bx	7
9. Bebauungsplan 04.05 ‚Rheinstraße/Parkstraße‘	8
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	8
Bezug: PStA 15.4.08	8
Vorlage-Nr. 38/88 h	8
10. Haushalt 2008 – Aufhebung des Sperrvermerks bei Kostenstelle 36020330, Sachkonto 78180, Zuschuss Neubau Jugendzentrum	11
Bezug: HA 18.2. und 14.4.2008	11
Vorlage-Nr. 39/95 q	11
11. Antrag	12
11.1 Verbesserungen am Bundesbahnhof	12
hier: Antrag der Grünen-Fraktion vom 7.4.08	12
Vorlage-Nr. 40/02 i+j	12

12. Besetzung in Ausschüssen	14
12.1 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Brühl hier: Vertreter des Stadtjugendringes	14 14
Vorlage-Nr. 105/94 cs	14
12.2 Umbesetzung im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt und im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung	14 14
13. Mitteilungen	15
13.1 Fußgängerüberwege Giesler Galerie	15
Bezug: Anfrage Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) und des Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) in der	15 15
HA-Sitzung am 14.4.08	15
14. Anfragen	15
14.1 Phantasialand	15
14.2 Phantasialand	16
14.3 Absage der Veranstaltung „Faschismus ist nicht trendy“	16
14.4 Jugendzentrum	16
B) Nichtöffentlicher Teil	17
15. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Jahre 2007	17
Vorlage-Nr. 354/79 ad	17
16. Bestellung des Leiters der Feuerwehr	17
Vorlage-Nr. 21/90 f	17
17. Hilfen zur Erziehung	17
hier: Vergabe der Vollzeitpflege an einen freien Träger	17
Bezug: JHA 17.4.08	17
Vorlage-Nr. 57/06 d	17
18. Mitteilungen	17
18.1 Bundesbahnhof	17
19. Anfragen	17
19.1 Brühl-Ost	17
19.2 Schulsozialarbeit Pestalozzischule	18
19.3 Grundstück Ecke Immendorfer Straße/Bergerstraße	18

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Der Rat gedenkt im Folgenden in einer Schweigeminute dem verstorbenen ehemaligen Ratsherrn der Stadt Brühl, Herrn Caspar Markard.

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg bittet um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt „Haushalt 2008 – Aufhebung des Sperrvermerkes bei Kostenstelle 36020330, Sachkonto 78180, Zuschuss Neubau Jugendzentrum“, Vorlage-Nr. 39/95 q.

Der Rat stimmt der Erweiterung der Tagesordnung zu.

- einstimmig -

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Johannes Könen, Schultheistr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Brgerbeteiligungsmglichkeiten. So habe nach § 24 GO jeder das Recht, sich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. In Satz 4 des Absatzes 1 sei jedoch die Rede davon, dass der „Antragsteller“ ber die Stellungnahme zu unterrichten sei. Er fragt, ob ein konkreter Antrag formuliert werden müsse, der auf die Hinwirkung eines bestimmten Zieles ausgerichtet sei. Demgegenüber habe eine Anregung oder eine Beschwerde nicht unbedingt ein Ziel zum Erfolg.

Bürgermeister Kreuzberg antwortet, dass selbstverständlich eine schriftliche Eingabe notwendig sei, ein konkreter Antrag jedoch nicht formuliert werden müsse.

Beantwortung in der Niederschrift:

Unter einer „Anregung“ ist nach allgemeinem Sprachgebrauch der an den Adressaten gerichtete Wunsch zu verstehen, in einem bestimmten Sinne tätig zu werden. Als „Beschwerde“ ist eine Eingabe dann zu qualifizieren, wenn sie den Wunsch des Petenten an den Adressaten zum Ausdruck bringt, einen bestimmten Sachverhalt in dem vom Petenten gewünschten Sinne zu überprüfen. In jedem Falle muss es sich um ein konkretes Verlangen des Petenten handeln. Bloße Mitteilungen, Belehrungen, Vorwürfe, Anerkennungen und dergleichen fallen nicht unter die Bestimmung des § 24 Gemeindeordnung NW, da sie kein bestimmtes Begehren enthalten. Auch fehlt einer Eingabe, die sich nicht auf einen konkreten, bereits eingetretenen Sachverhalt, sondern auf den ungewissen Eintritt eines zukünftigen Ereignisses bezieht, die erforderliche Bestimmtheit. Die Bezeichnung „Antragsteller“ bezieht sich darauf, dass der Petent mit seiner Eingabe den Antrag stellt, dass sich der Rat bzw. der vom Rat für die Erledigung beauftragte Ausschuss mit der Angelegenheit befasst.

Eingaben im Sinne von § 24 GO müssen grundsätzlich schriftlich abgefasst sein. Außerdem muss die Eingabe „An den Rat“ gerichtet sein; sie muss also zweifelsfrei erkennen lassen, dass der Absender eine Befassung des Rates als der bürgerschaftlichen Vertretung der Gemeinde wünscht.

Herr Stefan Tischler, Ricarda-Huch-Weg 16, Brühl, fragt, inwieweit eine Belegung der Flächen beidseits der alten Zuckerfabrik an der Bergerstraße in Brühl Ost durch Stadtwerke bzw. Betriebshof vorgesehen sei.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass es zwar einen Interessenten für ein bestimmtes Grundstück gebe, dass aber seines Wissens an diesen Gerüchten nichts dran sei. Über eine Verlegung könne man erst dann sprechen, wenn diese anstehe, was er sich im Moment nicht vorstellen könne. Im Übrigen habe er bereits in der letzten Ratssitzung darauf hingewiesen, dass er die Angelegenheit wegen persönlicher Befangenheit dem Ersten Beigeordneten übertragen habe.

Frau Manuela Stübner, Ahornweg 13, Brühl, provivo, nimmt Bezug auf einen Artikel im Kölner Stadt-Anzeiger vom 8.4.08 zum Thema „Umgebungslärmrichtlinie“. Nach dieser Richtlinie seien alle Mitgliedsstaaten gehalten, den Lärm in Nordrhein-Westfalen zu erfassen und in Lärmkarten abzubilden. Der Lärm werde in einem Land wie in Nordrhein-Westfalen, das dicht besiedelt sei, als größte Umweltbelastung empfunden. Im Brühler Süden gebe es mit der Autobahn, mit der Euskirchener Straße und dem Phantasialand drei Lärmquellen. In der im Internet veröffentlichten Lärmkarte sei für Brühl allerdings lediglich die Autobahn und ein kleines Stück der Römerstraße markiert.

Sie fragt, wann die Lärmerfassung für die Euskirchener Straße und das Phantasialand erfolge, ob bereits Vorschläge zur Lärminderung erarbeitet worden seien und ob es diesbezüglich bei der Stadt Brühl einen Ansprechpartner für provivo gebe.

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass es hier ausschließlich um Verkehrslärm gehe, der in Brühl untersucht worden sei. Die Ergebnisse würden im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt und im Verkehrsausschuss vorgestellt. Nach dieser Richtlinie würden hier Straßen untersucht mit einer Belastung von 6 Millionen Fahrzeugen pro Jahr. Erst ab 2012 sei eine Halbierung dieser Zahl auf 3 Millionen Fahrzeuge und eine neue Kartierung vorgesehen. Dann werde die Euskirchener Straße möglicherweise dabei sein, wenn sie dieser Klassifizierung entspreche.

Frau Stübner wirft ein, dass von ‚Umgebungslärm‘ die Rede sei; hierzu gehöre ihres Erachtens nicht nur der Verkehrslärm.

Bürgermeister Kreuzberg macht nochmals deutlich, dass es nach der angesprochenen Richtlinie ausschließlich um Verkehrslärm gehe. Diese zeige auch die Klassifizierung nach Fahrzeugen.

Zur Frage, ob es bereits Vorschläge zur Lärminderung gebe, weist er darauf hin, dass dies nicht Aufgabe der Stadt Brühl sei. So sei die Lärminderung an Autobahnen z.B. Sache des Bundes, der hier mit entsprechenden Schutzmaßnahmen bereits tätig geworden sei.

2. Niederschrift vom 3.3.08

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 3.3.08 werden keine Einwände erhoben.

3. Festlegung der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl für die Kommunalwahlen 2009

Bezug: HA 14.4.08

Vorlage-Nr. 13/08

- Ä -

Der Rat beschließt, die bisherige Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl von 44 Mitgliedern auch für den 2009 zu wählenden Stadtrat beizubehalten.

- einstimmig -

4. Entwurf des Jahresabschlusses 2006 Vorlage-Nr. 43/99 p

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, wann der Jahresabschluss 2007 vorgelegt werde.

Stadtkämmerer Freytag teilt mit, dass für den Jahresabschluss 2007 vorgesehen sei, die übliche Zeitplanung einzuhalten, das bedeute eine Verabschiedung bis zum 31.12.2008.

Der Rat nimmt den vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2006 entgegen und verweist diesen gem. § 101 Abs. 1 GO NW zwecks Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

- einstimmig -

5. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2007 nach 2008 Vorlage-Nr. 60/07 v

Stadtkämmerer Freytag gibt folgende Änderungen bekannt:

Die Straßenbaumaßnahme „Unter Eschen“ kann von 250.000 € zurückgefahren werden auf 230.000 €. Die hier freiwerdenden 20.000 € plus noch vorhandener Mittel in Höhe von 6.000 €, also insgesamt 26.000 €, werden benötigt zur Aufstockung des Ansatzes für die Errichtung der Zufahrt zum Friedhof Schwadorf, Kostenstelle 54012600, so dass hier insgesamt Mittel in Höhe von 58.000 € übertragen werden müssen.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung nimmt der Rat die Übertragung von Ermächtigungen aus dem Haushalt 2007 nach 2008 gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis.

6. Stellenplan 2008 hier: Einrichtung einer zusätzlichen Politessenstelle Bezug: HA 14.4.08 Vorlage-Nr. 60/07 u

Der Rat beschließt, im Stellenplan 2008 eine zusätzliche Stelle (VZ 39 Std./W.) für Politessen einzurichten.

- einstimmig -

**7. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagespflege in der Stadt Brühl
- Beitragssatzung Kindertagespflege -
Bezug: JHA 17.4.08
Vorlage-Nr. 48/88 by**

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) teilt mit, dass seine Fraktion im Jugendhilfeausschuss eine sozial verträglichere Staffelung der Beiträge beantragt habe. Die Einkommensgruppe bis 25.000 € sollte beitragsfrei bleiben. Ein Ausgleich sollte darüber geschaffen werden, dass die Einkommensgruppe über 75.000 € stärker in die Pflicht genommen werde. Da dieser Antrag im Jugendhilfeausschuss abgelehnt worden sei, enthalte man sich hier der Stimme.

Die **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Küster** (CDU), teilt mit, dass die Beitragssatzung mit nur einer Gegenstimme im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden sei. Man wolle jedoch einem SPD Anliegen folgen, dass es in einem Jahr einen Bericht über die Bewährung der Satzung gebe.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass dies bereits zugesagt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erklärt, dass sich seine Fraktion im Jugendhilfeausschuss zunächst enthalten habe. Nach Zusage der Prüfung nach einem Jahr könne man jedoch zustimmen.

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertagespflege in der Stadt Brühl – Beitragssatzung Kindertagespflege - .

Abstimmungsergebnis: 40 : 4

**8. Tagesbetreuung in Einrichtungen;
hier: Übernahme des Trägeranteils für die dritte Gruppe in der
Katholischen Kindertageseinrichtung St. Pantaleon, Badorf
Bezug: JHA 17.4.08
Vorlage-Nr. 48/88 bx**

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erinnert daran, dass man sich bereits an anderer Stelle gegen die Übernahme des Trägeranteils durch die Stadt Brühl ausgesprochen habe, da dies eine Tür öffne und dann auch andere Einrichtungen dies von der Stadt Brühl fordern könnten. Selbstverständlich wolle auch die SPD die dritte Gruppe in St. Pantaleon erhalten; wenn die Stadt allerdings bezahle, sollte sie auch die Regie über die Einrichtung haben.

Ratsherr Blanke (SPD) erklärt, dass er den Standpunkt seiner Fraktion voll und ganz unterstütze. Er sehe jedoch vor Ort den Notstand in Badorf und habe diesbezüglich auch eigene Erfahrungen. Er sei daher froh, dass nun eine Lösung gefunden worden sei und werde sich der Stimme enthalten.

Der Rat beschließt die Übernahme des gesetzlichen Trägeranteils für eine Gruppe des Typs III gem. Anlage in Artikel 1 §19 KiBiz in der katholischen Kindertagesstätte St. Pantaleon in Badorf bis zum 31.07.2010.

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Träger einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: 33 : 10 bei 1 Enthaltung

9. Bebauungsplan 04.05 ‚Rheinstraße/Parkstraße‘

hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Bezug: PStA 15.4.08

Vorlage-Nr. 38/88 h

- Ä -

Bürgermeister Kreuzberg macht darauf aufmerksam, dass die Abwägung unter A. 9.1, S. 2 der Vorlage zu ändern ist. Es müsse heißen: „Die Anregung wird zurückgewiesen.“ In der Tabelle zur Abwägung (Anlage 1 zur Vorlage) auf S. 2 müsse es daher „nein“ heißen, in der letzten Spalte folgt als Erläuterung „Das Regenwasser wird in den Kanal eingeleitet, da die liegenschaftlichen Voraussetzungen für eine Einleitung in den Palmersdorfer Bach nicht gegeben sind.“

Ratsfrau Grafe (SPD) gibt bekannt, dass ihre Fraktion gegen den Beschlussentwurf sei, da man glaube, dass die Festlegung auf eine Wohneinheit den Interessen des Bauträgers und den Wünschen der Bevölkerung widerspreche.

Bürgermeister Kreuzberg hält dem entgegen, dass man selbstverständlich die Interessen des Bauträgers unterstütze, andererseits als Stadt auch selbst Schwerpunkte setzen könne. Seit der angekündigten Änderung sei im Übrigen ein größeres Interesse zu verzeichnen.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) kündigt Zustimmung an. Allerdings habe man sich sehr darüber gewundert, dass die Einleitung des Regenwassers in den Palmersdorfer Bach an den überzogenen Forderungen der Grundstückseigentümer scheitere.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu bedenken, dass man als Stadt nicht primär die Interessen des Bauträgers sondern vielmehr die der Allgemeinheit zu vertreten habe. Das habe man im vorliegenden Fall getan. Hintergrund für diese Festlegung sei allerdings auch die negative Erfahrung im Baugebiet Geildorfer Feld, wo die Stadt etwas Anderes gewollt habe als das, was dort entstanden sei. Diese, durch eine Gesetzeslücke entstandene Problematik habe man bei dem vorliegenden Bebauungsplan beseitigt.

- I. Der Rat beschließt die Änderung des Bebauungsplanentwurfes 04.05 'Rheinstraße / Parkstraße' einschließlich der Planbegründung nach der Auslegung gemäß § 4a (3) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316).
- II. Der Rat beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachstehenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus Frühzeitiger Bürger- und Trägerbeteiligung (18.09.-29.09.2006), Öffentlicher Auslegung (08.08.-07.09.2007), Eingeschränkter Beteiligung nach der Auslegung (Anschreiben vom 06.12.2007) sowie der Erneuten öffentlichen Teilauslegung (07.03.-28.03.2008) zum Bebauungsplan 04.05 'Rheinstraße / Parkstraße'.

A - Frühzeitige Bürgerbeteiligung (18.09.-29.09.2006)Stellungnahmen von Bürgern

kein Eingang

Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB)

RWE Westfalen-Weser-Ems-Netzservice

Stellungnahme vom 13.09.06:

3.1: die Anregung wird berücksichtigt

Geologischer Dienst

Stellungnahme vom 15.09.06:

6.1: die Anregung wird berücksichtigt

Landesbetrieb Wald und Holz

Stellungnahme vom 21.09.06:

7.1: die Anregung wird berücksichtigt

7.2: die Anregung wird berücksichtigt

7.3: die Anregung wird berücksichtigt

7.4: die Anregung wird berücksichtigt

7.5: die Anregung wird berücksichtigt

Stadtwerke Brühl

Stellungnahme vom 25.09.06:

8.1: die Anregung wird berücksichtigt

Erft-Verband

Stellungnahme vom 25.09.06:

9.1: die Anregung wird zurückgewiesen

9.2: die Anregung wird berücksichtigt

Landesbetrieb Straßenbau

Stellungnahme vom 25.09.06:

10.1: die Anregung wird berücksichtigt

10.2: die Anregung wird berücksichtigt

RWE Power AG

Stellungnahme vom 04.10.06:

12.1: die Anregung wird berücksichtigt

Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst NRW

Stellungnahme vom 09.10.06:

13.1: die Anregung wird berücksichtigt

Rhein-Erft-Kreis

Stellungnahme vom 10.10.06

14.1: die Anregung wird berücksichtigt

14.2: die Anregung wird berücksichtigt

14.3: die Anregung wird berücksichtigt

14.4: die Anregung wird berücksichtigt

Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Stellungnahme vom 20.12.06

16.1: die Anregung wird berücksichtigt

16.2: die Anregung wird zurück gewiesen
16.3: die Anregung wird berücksichtigt

Staatliches Umweltamt
Stellungnahme vom 18.10.06:
T 17.1: die Anregung wird berücksichtigt

B - Öffentliche Auslegung (08.08.-07.09.2007)

Stellungnahmen von Bürgern
kein Eingang

Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB)

Erftverband
Stellungnahme vom 09.08.07:
3.1: die Anregung wird berücksichtigt

Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst NRW
Stellungnahme vom 13.08.07:
6.1: die Hinweise werden berücksichtigt

RWE Westfalen-Weser-Ems-Netzservice
Stellungnahme vom 16.08.07:
7.1: die Anregung wird berücksichtigt

Stadtwerke Brühl
Stellungnahme vom 20.08.07:
8.1: die Anregung wird berücksichtigt

Geologischer Dienst NRW
Stellungnahme vom 21.08.07:
9.1: die Anregung wird berücksichtigt
9.2: die Anregung wird berücksichtigt
9.3: die Anregung wird berücksichtigt

Rhein-Erft-Kreis
Stellungnahme vom 03.09.07:
10.1: die Anregung wird zurück gewiesen
10.2: die Anregung wird zurück gewiesen
10.3: die Anregung wird zurück gewiesen
10.4: die Anregung wird zurück gewiesen
10.5: der Anregung wird gefolgt
10.6: der Anregung wird gefolgt

C - Eingeschränkte Beteiligung nach der Auslegung (Anschreiben vom 06.12.2007)

Stellungnahmen von Bürgern
von Waldow (für 'Grundstücksgesellschaft Waldow - Paes GbR)
Wolfgang Fritz (für 'Eigentümer Paes')
Stellungnahme vom 18.12.2007
1.1: der Anregung wird gefolgt

Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB)
Stadtwerke Brühl

Stellungnahme vom 17.12.2007:
 2.1: der Anregung wird gefolgt
 2.2: die Anregung wird zurück gewiesen

D - Erneute öffentliche Teilauslegung (07.03.-28.03.2008)

Stellungnahmen von Bürgern

Johann Peter Becker
 Anschreiben vom 28.03.08
 1.1: die Anregung wird zurück gewiesen

Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB)

keine abwägungsrelevante Stellungnahme

- III. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) den Bebauungsplan 04.05 'Rheinstraße / Parkstraße' einschließlich der Textlichen Festsetzungen als Satzung und beschließt die zugehörige Begründung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Brühl, Flur 32, und wird wie folgt begrenzt:

Im Norden	von den nördlichen Grenzen der Flurstücke 162, 688, 466 und 465
im Osten	von den östlichen Grenzen der Flurstücke 465 und 685
im Süden	von den südlichen Grenzen der Flurstücke 685, 684, 297 und 162
im Westen	von der westlichen Grenze des Flurstücks 162 unter Einbeziehung des gesamten Flurstücks 159.

Der Umweltbericht ist separater Bestandteil der Begründung.
 Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.
 Der Beschluss zur öffentlichen Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 29 : 15

**10. Haushalt 2008 – Aufhebung des Sperrvermerks bei Kostenstelle
 36020330, Sachkonto 78180, Zuschuss Neubau Jugendzentrum
 Bezug: HA 18.2. und 14.4.2008
 Vorlage-Nr. 39/95 q**

Stadtkämmerer Freytag berichtet, dass er mit dem ASB noch einmal gesprochen habe, die vorliegende schriftliche Stellungnahme sich allerdings nur auf qualitative Merkmale beziehe. Aufgrund seiner Nachfrage habe der Architekt dann mitgeteilt, dass eine Verkleinerung des Saales Wenigerkosten in Höhe von ca. 30.000 bis 40.000 € verursache. Er rate jedoch von einer Verkleinerung ab, da gerade die Größe des Saales und die gleichzeitige Möglichkeit der Teilbarkeit Bestandteil des Konzeptes sei.

Ratsfrau Heck (SPD) zeigt sich verwundert darüber, dass sich die FDP-Fraktion bei den ausführlichen Vorberatungen im Jugendhilfeausschuss diesbezüglich nie geäußert habe. Es wäre schön, wenn man künftig Sachthemen zunächst im zuständigen Fachausschuss diskutieren könne.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bezeichnet es als normal, wenn sich nach der Vorstellung eines Projektes im Fachausschuss nachfolgend in der Fraktion noch Nachfragen ergeben. Man habe dann frühzeitig bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss einen entsprechenden Antrag gestellt.

Seine Fraktion bleibe bei der Auffassung, dass die Räumlichkeiten überdimensioniert seien. Grund für die Ablehnung seien in erster Linie auch nicht die Kosten. Hier sei s. E. alles zu optimistisch dargestellt. Er habe die Befürchtung, dass ein solch großer Saal eine Veranstaltung totschlage.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) kündigt Zustimmung an, bittet jedoch im Rahmen der weiteren Überlegungen darüber nachzudenken, hier ausreichende ÖPNV-Möglichkeiten zu schaffen, wenn der Saal – wie dargestellt – auch überregionale Bedeutung haben solle.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) erklärt ebenfalls seine Zustimmung. Die Größe des Saales gehöre zum Konzept und der Neubau sei im Jugendhilfeausschuss einstimmig verabschiedet worden. Im Übrigen dienten die Mehrkosten auch dazu, das neue Jugendzentrum komplett barrierefrei zu errichten. Dieses Anliegen müsse auf jeden Fall unterstützt werden.

Der Rat beschließt, den Sperrvermerk bei Kostenstelle 36020330, Sachkonto 78180 – Zuschuss Neubau Jugendzentrum – aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: 42 : 2

11. Antrag

11.1 Verbesserungen am Bundesbahnhof hier: Antrag der Grünen-Fraktion vom 7.4.08 Vorlage-Nr. 40/02 i+j

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) zeigt sich verwundert, dass in der Vorlage der Verwaltung nicht der im Antrag formulierte Beschlussentwurf seiner Fraktion aufgegriffen worden sei. S. E. müsse sich eine Verwaltungsvorlage auf den Antrag beziehen und ein Bericht sei nicht gefordert worden.

Darüber hinaus kritisiert er, dass in der Verwaltungsvorlage des Öfteren auf die Hoheit der Bahn hingewiesen worden sei. Dies sei s. E. jedoch kein Grund, in den anstehenden Gesprächen nicht immer wieder auf die Forderungen einzugehen.

Bürgermeister Kreuzberg stellt richtig, dass der Bürgermeister keineswegs verpflichtet sei, eine Vorlage zu erstellen. Im Übrigen halte er es nicht für vorteilhaft, heute etwas zu beschließen, was bereits im Gange und kurz vor dem Abschluss sei. Demgegenüber sei in der Vorlage der Verwaltung der Sachstand deutlich dargestellt worden.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) macht deutlich, dass erst durch den Antrag seiner Fraktion ein Sachstandsbericht vorgelegt worden sei. Hauptanliegen seiner Fraktion sei es, dass städtischerseits keine Lösungen akzeptiert werden sollen, die nicht die Einrichtung eines Fahrstuhls auf beiden Bahnsteigen vorsehen würden. Dies könne man nicht mit einem Verweis auf die Zuständigkeit der Bahn abtun. Auch würde ihn eine Realisierungsplanung interessieren,

falls die Stadt Brühl die notwendigen Kosten für die Errichtung und den Betrieb der Aufzüge übernehme. Es müsse geprüft werden, was der städtische Etat für eine solche Maßnahme bereit halte. Er könne sich nicht erklären, warum die Stadt sich bereit erklärt habe, die dort z.Z. befindlichen Schrägaufzüge zu akzeptieren.

Bürgermeister Kreuzberg erinnert an das schreckliche Bahnunglück, an die nachfolgenden Gespräche und die beschlossene Resolution im Rat der Stadt Brühl. Allen Ratsmitgliedern sei bekannt, dass die Bahn nicht bereit gewesen sei, Aufzüge ohne städtische Kostenbeteiligung zu errichten. Dies sei ein absolutes Unding, da die Bahn aus Gründen der Kundenfreundlichkeit selbstverständlich für sich selbst sorgen müsse. Brühl sei allerdings der letzte Bahnhof im Bundesgebiet gewesen, bei dem diese Schrägaufzüge installiert worden seien.

Er habe bereits des Öfteren darauf hingewiesen, dass man ständig im Gespräch mit der Bahn sei. Vorsichtig gesagt könne er mitteilen, dass er die Hoffnung habe, Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Er halte es daher für besser, in gutem Kontakt zu bleiben als heute einen Druck auf etwas auszuüben, was möglicherweise ohnehin geplant sei. Das Bemühen um eine gute Lösung sei jedenfalls sehr groß.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) bezeichnet die Schrägaufzüge im Vergleich zu den Aufzügen am neuen Kierberger Bahnhof als „baulich manifestierte Dummheit der Planer der Deutschen Bahn“.

Der Antrag der Grünen sei deshalb problematisch, weil einige der geforderten Punkte nicht in der Kompetenz und der Pflicht der Stadt Brühl liegen würden. Aus diesem Grunde könne man dem Antrag – so wie er jetzt formuliert sei – nicht zustimmen. Der Bürger könne mit seinen Steuergeldern nicht ständig eintreten für Pflichtversäumnisse anderer. Er schlage vor, den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis zu nehmen und ihn zu beauftragen, in Zukunft bei allen weiteren Planungen, die in der Kompetenz der Stadt Brühl liegen würden, die im Antrag dargestellten Anliegen zu berücksichtigen.

Bürgermeister Kreuzberg schließt sich diesem Vorschlag an und bittet, so zu verfahren, zumal sicherlich alle Fraktionen vom Grundsatz her einer Meinung seien.

Auf die Frage des **Ratsherrn Weesbach** (SPD) nach der zeitlichen Komponente erklärt Bürgermeister Kreuzberg, dass er mit einer Realisierung innerhalb eines Zeitraumes rechne, der deutlich unter 5 Jahren liege. Er bittet jedoch um Verständnis dafür, dass er hier kein Datum nennen könne, da dies nur unnötigen zusätzlichen Druck erzeugen würde. Er könne jedoch gerne hierzu in der nichtöffentlichen Sitzung noch etwas sagen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erklärt, dass seine Fraktion dem Grünen-Antrag zustimmen könne, da dieser durchaus diplomatisch formuliert sei.

Ratsherr Dr. Dahm (CDU) fragt, ob nicht die Möglichkeit eines Zu- und Abgangs an der Ostseite am Bahnsteig 2 Richtung Parkstraße geprüft werden könne.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass dies ebenfalls in der Prüfung sei.

Ratsherr Bortlisz-Dickhoff (Grüne) führt aus, dass es seiner Fraktion hinsichtlich des Bahnhofsgebäudes darum gehe, hier in erster Linie die Bedürfnisse von Reisenden zu erfüllen und nicht zweit- oder dritrangige Ziele zu verfolgen.

Bürgermeister Kreuzberg macht nochmals deutlich, dass auch dies im Gespräch sei und zum Gesamtpaket gehöre. Im Moment befinde man sich hier auf einem guten Weg, der lange verschüttet gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bittet um kurze Sitzungsunterbrechung zwecks fraktionsinterner Beratung.

Bürgermeister Kreuzberg unterbricht die Sitzung für 15 Minuten.

Nach der Sitzungsunterbrechung bittet **Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) darum, den Antrag seiner Fraktion in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung zu stellen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) führt aus, dass seine Fraktion dem Rat des Bürgermeisters folgen werde. Im Verkehrsausschuss seien die Probleme am Bundesbahnhof immer wieder benannt worden und zuletzt erst habe der Rat noch eine diesbezügliche Resolution gefasst. Man solle daher die jetzigen Verhandlungen nicht stören und keine zusätzlichen Anträge mehr stellen.

Der Rat lehnt den Antrag der Grünen vom 7.4.2008 bezüglich der Planungen von Bahnhof, Bahnhofsgebäude und Bahnhofsumfeld ab.

Abstimmungsergebnis: 28 : 16 (Ratsherr Stiliz (CDU) bei der Abstimmung nicht anwesend)

Bürgermeister Kreuzberg erklärt zur Abstimmung nochmals, dass die Ablehnung sicherlich nicht aus inhaltlichen Gründen erfolgt sei, da man diesbezüglich großen Konsens habe, der auch beibehalten werden sollte.

12. Besetzung in Ausschüssen

12.1 Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Brühl hier: Vertreter des Stadtjugendringes Vorlage-Nr. 105/94 cs

Der Rat der Stadt Brühl beschließt auf Antrag des Stadtjugendringes (sjr) folgende Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss (JHA) des Rates der Stadt Brühl:

Zu neuen, ordentlichen Mitglieder werden **David Miron**, 1. Vorsitzender sjr, Römerstr. 440 c, Brühl, und **Christoph Mucha**, Geschäftsführer sjr, Lessingstr. 19, Brühl, gewählt.

Zu neuen stellvertretenden Mitgliedern werden das bisherige ordentliche Mitglied **Philipp Robens**, Theodor-Körner-Str. 11, Brühl, und **Klaus Kerstges**, Lessingstr. 16, Brühl, gewählt.

- einstimmig -

12.2 Umbesetzung im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt und im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung

Auf Antrag des **Fraktionsvorsitzenden Pitz** (FDP) beschließt der Rat folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt: Volker Weidemann, Am Kутtenbusch 48 a, Brühl, anstelle von Matthias Brämer als stellvertretendes Mitglied.

Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung: Volker Weidemann, Am Kутtenbusch 48 a, Brühl, anstelle von Jochem Pitz als stellvertretendes Mitglied.

- einstimmig -

13. Mitteilungen

13.1 Fußgängerüberwege Giesler Galerie

Bezug: Anfrage Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) und des Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) in der HA-Sitzung am 14.4.08

Erster Beigeordneter Brandt nimmt zu den Fragen Stellung. Die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

14. Anfragen

14.1 Phantasialand

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob der Verwaltung im Zusammenhang mit dem Phantasialand ein Herr Dr. Fricke bekannt sei und welche Aufgaben dieser habe.

Bürgermeister Kreuzberg antwortet, dass Herr Dr. Fricke ein ehemaliger Bezirksregierungsplaner sei und heute eine Unternehmensberatungsagentur habe. Er berate sowohl Kommunen als auch Unternehmen in planungsrechtlichen Dingen, die sich hauptsächlich auf Bezirksplanungsebene abspielten.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt nach, ob es richtig sei, dass Herr Dr. Fricke sowohl das Phantasialand berate als auch die Stadt Brühl.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass dies in Einzelfragen der Fall sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) berichtet, dass er im Anhörungsverfahren zum Erörterungstermin beim Regierungspräsidenten in der Unterschriftsliste Herrn Dr. Fricke mit seiner Unterschrift für die Stadt Brühl gesehen habe. Er halte es doch für sehr verwunderlich, dass jemand, der vom Phantasialand für seine Planungen bezahlt werde gleichzeitig auch für die Stadt Brühl in Planungsangelegenheiten auftrete. Die Stadt Brühl lasse sich quasi damit durch das Phantasialand im Bezirksplanungsrat vertreten.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass dies nicht richtig gesehen werde, da die Stadt Brühl auch eigene Prozesse wahrnehmen könne. Der Erörterungstermin bei der Bezirksregierung habe jedoch eigene Anforderungen. Für diesen Fall habe sich die Stadt Brühl mit Herrn Dr. Fricke sachkundigen Beistand geholt. Dies habe mit den anderen Aufgaben von Herrn Dr. Fricke nichts zu tun.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob die Stadt ernsthaft davon ausgehe, dass Herr Dr. Fricke in ein- und derselben Angelegenheit zwei verschiedene Meinungen vertreten könne. Er halte diese Vorgehensweise hinsichtlich der Objektivität von Herrn Dr. Fricke für äußerst bedenklich. Seine Fraktion behalte sich eine Prüfung dieser Vorgehensweise vor.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass dies selbstverständlich vorab mit der Bezirksregierung abgesprochen worden sei, die darin kein Problem sehe.

14.2 Phantasialand

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf die Aussage des Bürgermeisters, dass das Gutachten zum volkswirtschaftlichen Nutzen des Phantasialandes vorliege und fragt, wann das Gutachten dem Rat oder dem zuständigen Ausschuss vorgelegt werde und wer die Kosten trage.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass das Gutachten in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung vorgestellt werde und zur Hälfte aus dem Budget „Wirtschaftsförderung“ und zur anderen Hälfte aus dem Budget „Planung und Stadtentwicklung“ bezahlt werde.

14.3 Absage der Veranstaltung „Faschismus ist nicht trendy“

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf die Absage der Informationsveranstaltung und des Konzertes und fragt, wann und wo die angekündigte Ersatzveranstaltung stattfinde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er ein genaues Datum noch nicht nennen könne. Die Veranstaltung, die von der Polizei und dem Staatsschutz begleitet werde, werde jedoch zeitnah vor den Sommerferien durchgeführt.

14.4 Jugendzentrum

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt, ob es richtig sei, dass die Schlösser im Jugendzentrum ausgetauscht worden seien und die Jugendlichen nun nicht mehr in ihre Probenräume kämen.

Stadtkämmerer Freytag bestätigt, dass die Schlösser ausgetauscht worden seien aus Sicherheitsgründen. Im Laufe der Zeit seien sehr viele Schlüssel im Umlauf gewesen, so dass man nicht mehr habe nachvollziehen können, wer im Besitz eines Schlüssels sei. Darüber hinaus müssten Kassenbestände überprüft werden, da davon auszugehen sei, dass Sachen entwendet worden seien.